

Westsahara-Konferenz fordert Referendum

VON YORK SCHAEFER

über Zukunft des besetzten Landes

Berlin. Mit fast emotionsloser Konzentration verlas die zarte Frau mit dem bunten Malahfa-Umhang eine lange Liste des Grauens: willkürliche Razzien und Verhaftungen, Folter in Geheimgefängnissen, Vergewaltigungen, Vergiftungen des Viehs, die Entsagung von Grundrechten wie Arbeit, Pressefreiheit und politischer Aktivität. Die Menschenrechtsaktivistin Aminatou Haidar aus der von Marokko besetzten Westsahara war der prominenteste Gast einer internationalen Expertenkonferenz in Berlin, die das Ziel hatte, den politischen Prozess hinter dem seit fast 40 Jahren ungelösten letzten Kolonialkonflikt Afrikas wieder voranzubringen.

Seit inzwischen 28 Jahren setzt sich Haidar für die politische Selbstbestimmung ihrer Heimat ein. Das Territorium wurde nach dem Abzug der Kolonialmacht Spanien 1975 zu großen Teilen von Marokko annektiert. Es folgten 16 Jahre Krieg zwischen dem Königreich und der Befreiungsbewegung Frente Polisario, seit 1991 herrscht Waffenstillstand. Die Vereinten Nationen verlangen die Durchführung eines Referendums, in dem die Sahrauis über die Zukunft ihres Landes als eigenständiger Staat oder als autonome Provinz entscheiden sollen. Marokko und Westmächte wie Frankreich und Spanien blockieren seitdem die Abstimmung.

„Nach UN-Recht ist die Frage der Westsahara eindeutig und muss nun endlich

von der internationalen Staatengemeinschaft umgesetzt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass der UN-Sicherheitsrat Marokko als Besatzungsmacht mit ständigen Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten weiterhin gewähren lässt“, sagte Aminatou Haidar, die auch von Deutschland erwartet, dass es seine „indifferente Rolle“ beim Westsahara-Konflikt verlassen solle. Organisationen wie das Robert F. Kennedy Center und Human Rights Watch verfügen über zahlreiche Belege der Menschenrechtsverletzungen.

Bremen spielt bei der Westsahara-Frage eine besondere Rolle. 2013 erhielt Haidar den Bremer Solidaritätspreis, der die Konferenz ausrichtende Verein „Freiheit für die Westsahara“ wurde 2012 in der Hansestadt

gegründet. Bei dem Berliner Treffen hielt Bürgerschaftspräsident Christian Weber die Eröffnungsrede: „Afrikas letzte Kolonie wird von Marokko militärisch besetzt, seine Rohstoffe werden ausgebeutet und die Menschenrechte ohne internationale Überwachung der dortigen UN-Mission brutal verletzt“, erklärte Weber, der vor allem das millionenschwere Fischereiabkommen zwischen Marokko und der EU kritisierte, von dessen Erlösen die Sahrauis kaum profitieren würden.

Kerstin Tack, SPD-Bundestagsmitglied, machte vor allem auf die schwierige Situation der etwa 160 000 Menschen in den sahrauischen Flüchtlingslagern im benachbarten Algerien aufmerksam. „Die humanitäre Situation dort ist sehr angespannt. We-

gen der Wirtschaftskrise hat gerade Spanien seine Unterstützung massiv reduziert. Es fehlt vor allem an Nahrung, Medizin und Schulmaterialien“, berichtete die Politikerin. Die wachsende Sympathie für eine Autonomie-Lösung unter marokkanischer Herrschaft hält Tack für falsch. „Eine Entscheidung kann nur über das Referendum fallen. Das schuldet die Weltgemeinschaft den Sahrauis“.

Trotz des Stillstands in der Westsahara-Frage gibt es auch Zeichen der Hoffnung. Beispiele wie die Anerkennung und die Wahlen in Namibia 1989 zeigten, dass man durch Verhandlungen und guten Willen das scheinbar Unmögliche erreichen kann, sagte Manfred Hinz vom Verein „Freiheit für die Westsahara“.

WK 15.12.14